

Christian Wagnsonner

„Militärische Kulturen“ – ein Seminar anlässlich des Internationalen Jahrs für die Annäherung der Kulturen



Foto: Heeresunteroffiziersakademie

Ist die Rede von einer militärischen Kultur heute überhaupt noch relevant? Wovon sind militärische Kulturen besonders geprägt? Welche Bedeutung haben religiöse, nationale und kulturelle Traditionen für das militärische Selbstverständnis, für bewaffnete Konflikte und internationale Einsätze? Wie verhalten sich Judentum, Buddhismus, Christentum und Islam zu militärischer Gewalt? Welche Bedeutung spielte Nationalität, Multinationalität und Supranationalität in der österreichisch(-ungarisch)en Armee? Wodurch waren und sind die militärischen Kulturen etwa in China, in den Niederlanden und in Afrika geprägt, wie sah das in den Armeen der beiden Blöcke während des Kalten Kriegs aus? Gibt es heute einen „miles europaeus“ mit eigenem, spezifisch europäischem Selbstverständnis? Und welche Auswirkungen hat die zunehmende Verwendung von Militärrobotern und autonomen Systemen für eine Kultur des Soldaten?

Über 30 Teilnehmer waren vom 4.-6. Mai 2010 in der TOWAREK-Kaserne in ENNS zusammengekommen, um sich unter der Leitung von Militärkurat

MMag. Stefan GUGEREL aus Anlass des Internationalen Jahrs für die Annäherung der Kulturen 2010 mit diesen Fragen aus militärelthischer Sicht auseinander zu setzen. Veranstaltet wurde das Seminar von der Militärpfarre an der Heeresunteroffiziersakademie in Kooperation mit dem Institut für Religion und Frieden in Wien. Die Organisation lag in den Händen des Instituts 3 der Heeresunteroffiziersakademie.

Ausgehend von einem Begriff von Kultur, der alles umfasst, was der Mensch hervorbringt, und der die Kultur als räumlich und zeitlich bestimmt versteht, entwickelte ObstdG Dr. Andreas STUPKA, der Leiter des Instituts für Human- und Sozialwissenschaften an der Landesverteidigungsakademie in Wien, ein Konzept für das Verständnis militärischer Kultur und militärischer Kulturen: Eine zentrale Kulturleistung neben Orientierung, Recht und Wissenschaft ist der Staat, dessen Ziel die Zufriedenheit der Bürger ist. Dazu muss er Schutz und Sicherheit gewährleisten, sein einziger Zweck ist, pointiert gesagt, der Friede. Um seinen Zweck aber erfüllen zu können, muss er wehrhaft sein, bedarf er des Militärs als Instrument des Staates. Das Militär eines Staates ist einzigartig wie der Staat selbst. Verschiedene Armeen und militärische Kulturen haben zwar ein gemeinsames Wesen und einen gemeinsamen Zweck, unterscheiden sich aber voneinander notwendig in ihrer konkreten Ausprägung. Entscheidendes gemeinsames Kennzeichen des Soldaten ist die Disziplin, die sich in der Treue gegenüber Vaterland, Staat und Kameraden sowie im Gehorsam gegenüber den Sitten, dem Staat und den Vorgesetzten zeigt. Aufgrund der Besonderheit des Militärs kann und soll eine Armee nicht nach rein betriebswirtschaftlichen Gründen geführt werden. Eine zunehmende Vermischung der Bereiche Militär und Wirtschaft, wie sie heute vielfach zu beobachten ist, widerspricht dem Wesen des Militärs. Um Angehörige anderer Kulturen zu verstehen und vor allem zur Erfüllung der Aufgaben in internationalen Einsätzen ist eine spezifische militär-interkulturelle Kompetenz für Soldaten dringend erforderlich.

Der Archäologe Mag. Rainer FELDBACHER stellte den Zuhörern die Bedeutung kultureller Konflikte in der Antike anhand von drei Beispielen vor Augen: Ein erstes Beispiel waren die Kriege der Griechen gegen die Perser, in deren Folge die Griechen zur Weltmacht aufstiegen und ein gemeinsames „griechisches“ Selbstverständnis der griechischen Stadtstaaten (Poleis) entstand. Dieses gemeinsame Selbstverständnis war aber noch recht brüchig, wie die innergriechischen Auseinandersetzungen im Peloponnesischen Krieg nur 20 Jahre später sehr gut zeigten. Dabei wandten sich beide Seiten wiederholt an die Perser um Hilfe, die das auch sehr gut für ihre eigenen Interessen auszunutzen wussten. Die Griechen hatten bereits am Beginn ihrer Kolonisierungsbestrebungen Kontakte mit orientalischen Kulturen aufgenommen, eine ganz

neue Qualität der Beziehungen zu verschiedenen orientalischen Kulturen sowie wechselseitiger Beeinflussung war dann später eine Folge der Eroberungen Alexanders des Großen.

Zunächst sehr unterschiedliche (militärische) Kulturen prallten im Gallischen Krieg der Römer (angeführt von Gaius Iulius Caesar) aufeinander. Dabei ist Caesars oft ziemlich tendenziöse Berichterstattung ein in dieser Hinsicht selbst sehr bemerkenswertes Phänomen. Nach dem Ende des Feldzugs gegen Helvetier und Germanen schlossen sich scheinbar bereits besiegte bzw. verbündete gallische Stämme um Vercingetorix zu einer Aufstandsbe-
wegung zusammen, wobei sie auch taktische Vorgehensweisen Caesars zum Teil recht erfolgreich nachahmten. Sechs Jahre nach dem Sieg über Vercingetorix ließ Caesar den berühmten Führer der Gallier bei einem Triumphzug durch Rom führen und später erdrosseln.

Um gegenüber Caesar und Pompeius mit ihren militärischen Erfolgen nicht gänzlich ins Hintertreffen zu geraten, versuchte auch der dritte Triumvir, Crassus, durch einen erfolgreichen Feldzug seine Machtbasis zu vergrößern. Er zog gegen die Parther, deren Gebiet wegen seines Reichtums berühmt war. Die Römer scheiterten jedoch, Crassus fiel. Eine Kombination ihrer militärischen Stärken bzw. Kulturen (Schwert und Lanze vs. Reiterei und Bogenschützen) hätte wohl eine unbesiegbare Macht ergeben, aber dazu kam es nicht, es folgten Jahrhunderte ständiger Konflikte zwischen Römern und Parthern bzw. dann Byzantinern und Sassaniden. Zu einer gewissen Annäherung kam es seit dem 5. Jh., als die großen Widersacher der Römer im Osten selbst gegen wiederholte Einfälle im Norden ihres Herrschaftsgebiets zu kämpfen hatten. Im 7. Jh. eroberten die islamischen Araber das Sassanidenreich und lösten die Sassaniden als Erzfeinde des Oströmischen Reiches ab.

Em. Univ.Prof. DDr. Johann MAIER gab einen Überblick über Quellen, Geltungsbereich und Inhalte des traditionellen jüdischen Rechts, besonders im Blick auf Staat und Kriegsrecht. Das jüdische Recht kennt zwei Arten des Krieges, den Pflicht- und den Wahlkrieg. Ein Pflichtkrieg wird geführt, wenn ein Angriff auf Israel droht. Dabei soll die Bedrohung möglichst schon im Vorhinein, außerhalb der Grenzen des Landes abgewehrt werden, damit das Land (kultisch) rein bleibt. Ziemlich problematisch ist in diesem Zusammenhang eine besondere Form des Pflichtkriegs, der Amalekkrieg. Die Amalekiter sind ein Volk, das eigentlich schon bei der Landnahme ausgerottet hätte werden sollen, in der Folge wurden sie mit dem jeweiligen Erzfeind Israels identifiziert (z. B. den Nazis, jetzt den Arabern). Ein Wahlkrieg ist ein Krieg gegen Feinde Israels bzw. Gottes selbst, der von der Regierung beschlossen wird und von der rabbinischen Autorität gebilligt werden muss. Das jüdische Recht kennt allerdings keinen heiligen Krieg, wohl aber die Verpflichtung für die Soldaten,

sich auch im militärischen Kontext zu heiligen. Besonders interessant ist die Frage, wie der moderne israelische Staat und sein Militär mit diesem jüdischen Recht umgehen. In der fast zwei Jahrtausende währenden Zeit der Nichtstaatlichkeit Israels („Exil“) – bzw. auch heute noch für Juden außerhalb Israels – galten und gelten die Bestimmungen des jüdischen Rechts ja nur eingeschränkt, grundsätzlich war das jeweilige staatliche Recht einzuhalten, ausgenommen bei Zwang zu Fremdkult, Mord oder Inzest. Der moderne Staat Israel wurde als grundsätzlich säkularer, demokratischer Staat konzipiert, allerdings musste der junge Staat schon zu Beginn auf religiöse politische Gruppierungen Rücksicht nehmen. Die oberste Religionsbehörde, das Oberrabbinat, war von Beginn an fest in orthodoxer Hand. Aufgrund der politischen Entwicklungen hat in der letzten Zeit der Einfluss religiöser, v.a. orthodoxer Kreise stark zugenommen. Zwar hält sich die Mehrheit der Juden nicht an die Bestimmungen des jüdischen Gesetzes, man schätzt es aber und stellt vor allem nach außen dessen Bedeutung heraus. Eine Minderheit, für die dieses Gesetz aber absolute Geltung hat, für manche auch über Menschenrechten und internationalem Recht steht, gewinnt zunehmend an Einfluss. Die religiöse Behörde in den israelischen Streitkräften, das Militärrabbinat, wurde seit 2000 massiv aufgestockt und tritt auch in Fragen der religiösen Legitimität militärischer Einsätze mit wachsendem Selbstbewusstsein auf. In Streitfragen muss die militärische Führung versuchen, mit dem Rabbinat zu einer Einigung zu gelangen, weil sonst eine Verweigerung orthodoxer Soldaten droht.

General i.R. Karl MAJCEN, dem Generaltruppeninspektor des Österreichischen Bundesheers von 1990 bis 1999, stellte seine Überlegungen zum „miles europaeus“ vor, zum Bild des europäischen Soldaten. Auch nach dem Lissabon-Vertrag ist noch nicht absehbar, ob es in der Europäischen Union tatsächlich zu einer Vergemeinschaftung der Verteidigungspolitik, zu einer gemeinsamen Armee kommen wird. Diese Ungewissheit hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die grundsätzliche politische Frage noch nicht entschieden ist, ob die Europäische Union ein Staatenbund oder ein Bundesstaat sein soll. Vielleicht könnten die Streitkräfte in der EU ähnlich den US-amerikanischen gestaltet werden, mit einer gemeinsamen EU-Armee und Nationalgarden in den Einzelstaaten als Mutter und Nährboden für die EU-Armee. Den „miles europaeus“ bestimmt Majcen als den im europäischen Bewusstsein agierenden und global denkenden Soldaten eines demokratischen Rechtsstaats. Er ist Kernstück jedes europäischen Streitkräfteverbunds und versteht sich als stabilitätsfördernder Friedensbewahrer. Er weiß um die humanistische Tradition Europas und der daraus erwachsenden Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte. Für andere Kulturen hat er Verständnis, steht auf den Wurzeln der guten Gebräuche seiner Heimat und

orientiert sich von ihnen her an Einheit in Vielheit, kann so Schrittmacher für das europäische Einigungswerk sein. Europäische Armeen weisen viele Gemeinsamkeiten in ihrer militärischen Kultur auf, die zum Teil erst entdeckt werden müssen.

Der Leiter des Instituts für Religion und Frieden in Wien, Bischofsvikar Dr. Werner FREISTETTER, führte in die Grundzüge der Theorie des gerechten Kriegs ein, einer der bedeutendsten ethischen Traditionen zur Frage nach der Legitimität militärischer Konflikte in der europäischen Geschichte. Die Rede von einem „gerechten Krieg“ geht auf die antike Philosophie zurück, einen ersten systematischen Entwurf hat Cicero vorgelegt, später haben so bedeutende Theologen und Philosophen wie Augustinus, Thomas von Aquin, Wilhelm von Ockham und Francisco de Vitoria durch die Ausarbeitung ethischer Kriterien eines „gerechten Kriegs“ versucht, auf die ganz spezifischen sicherheitspolitischen und militäretischen Herausforderungen ihrer Zeit zu antworten. „Gerechter Krieg“ ist streng von einem wie immer verstandenen „heiligen Krieg“ zu unterscheiden, argumentiert wird nicht religiös, sondern naturrechtlich bzw. mit Rekurs auf die allgemeine, allen Menschen zugängliche Vernunft. Als sich im Verlauf der neuzeitlichen Geschichte das moderne Völkerrecht entwickelte, verlor die philosophische Theorie des Gerechten Kriegs an Bedeutung. Nach dem Ende des Kalten Kriegs in einer unübersichtlicher gewordenen Welt bezieht man sich heute wieder verstärkt auf die Kriterien dieser Tradition. Allerdings bedeutet das nicht, dass ein bestimmtes, kulturell geprägtes Verständnis von Gerechtigkeit (etwa im Sinn des Ideals einer christlichen Welt im europäischen Mittelalter) für allgemein gültig erklärt werden soll, sondern es geht darum, formale Kriterien im Sinn dieser Tradition zu entwickeln, die der Komplexität der Frage nach legitimen Einsätzen heute gerecht zu werden versuchen.

DI Gerald SCHINAGL, stellvertretender Vorsitzender der Buddhistischen Religionsgemeinde, ging dem Verhältnis von Buddhismus und militärischer Gewalt in fünf buddhistisch geprägten Staaten nach. In Sri Lanka, wo die ursprünglichere Form des Buddhismus (Theravada – „alter Weg“) anzutreffen ist, war der Bürgerkrieg kein religiös motivierter Krieg, der Einsatz der großteils buddhistischen Soldaten der Armee wurde aber u. a. mit dem Hinweis auf den Schutz des Buddhismus gegen Angriffe begründet. Mönche in der Armee gibt es nicht, wohl aber spirituelle Angebote für ganze Einheiten in Tempeln zum Gedenken an Gefallene, zur Reflexion des Erlebten und zur Segnung der Menschen (nicht der Militäration!). Als buddhistische Mönche in drei Provinzen von Separatisten bedrängt bzw. vertrieben wurden, versuchte man dem Problem mit sog. „Militärmönchen“ zu begegnen, ehemaligen

Soldaten, die Mönche wurden, zur Selbstverteidigung bewaffnet waren und mit den eingesetzten Regierungstruppen kooperierten. Nach dem Ende der Operationen verblieben die meisten bei der Armee, so entstand eine Art Militärseelsorge. Die in China entwickelte Form des Buddhismus wird Mahayana („Großes Fahrzeug“) genannt. Die chinesischen Kaiser hielten die Buddhisten zunächst für Drückeberger, der Buddhismus galt gemeinhin eher als unzivilisiert. Um 600 kam der Buddhismus erstmals nach Japan, fand dort viele Anhänger, blieb aber fast 6 Jahrhunderte eine chinesische Angelegenheit. Im 12. Jahrhundert breiteten sich spezielle buddhistische Schulen wie Rinzai und Soto-Zen abermals von China auf Japan aus. Insbesondere verband sich der japanische Buddhismus mit dem Ethos der Samurai: Die Samurai stellten einen speziellen Kriegerstand dar, dessen Aufstieg im 12. Jh. begann. Ab dem 16. Jh. war es ihnen als einziger Gruppe erlaubt, Waffen zu tragen. Sie mussten zudem von ihrem Lehensherrn versorgt werden und fanden somit Zeit für Meditation und die Entwicklung spezieller spiritueller Zen-Praktiken (Teezeremonie, Flötenspiel, Bogenschießen). Als der Kaiser nach der Wiedereinführung des Kaisertums den Buddhismus als Ideologie der entmachteten Samurai-Elite bekämpfte, zeigten sich die Buddhisten als besonders kaisertreu. Viele Mönche und buddhistische Gelehrte versuchten die japanische Expansionspolitik bis zum Ende des 2. Weltkriegs buddhistisch zu legitimieren, der Kaiser rückte ins Zentrum, ein militärisches Zen entwickelte sich. Noch heute ist die Aufarbeitung dieser Ereignisse auf buddhistischer Seite nicht immer ganz einfach.

Die Einführung des Buddhismus in Tibet geschah im Zuge einer Zwangsmaßnahme, Anhänger der alten Religion wurden verfolgt. Später kämpften z. T. verschiedene buddhistische Gruppen um die Macht. Vor der Besetzung Tibets durch die Chinesen war das rückständige Tibet eine Theokratie, Religion und Staat untrennbar verbunden, mit hohem Anteil an Mönchen und Nonnen (20%). Der gewaltlose Weg des Dalai Lama, der heute als „einfacher Mönch“ lediglich der führende Repräsentant einer von vier tibetischen buddhistischen Richtungen ist, wird gegenwärtig von einer großen Mehrheit der Bevölkerung befürwortet.

Dipl.Päd. Moussa Al-Hassan DIAW M.A. von der islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich stellte in seinem Referat einerseits die Position der islamischen Orthodoxie zum Verhältnis von Islam und Gewalt vor. Diese Position stellt gleichsam eine ideale Konzeption dar, wie sie der Koran und das frühe islamische Recht entworfen haben. Andererseits fragte er nach den Ursachen für die Ideologisierung der Religion und den Aufstieg eines militanten Islamismus seit den 1960er Jahren. Hinter den Aussagen zur Kriegsführung im Koran stehen in der Regel konkrete militärische Auseinandersetzungen zur

Zeit Mohammeds, etwa mit den polytheistischen Mekkanern, die die junge islamische Gemeinschaft bekämpften. Der Islam geht davon aus, dass Gewalt nie ganz vermieden werden kann, er ist nie pazifistisch gewesen. Die Kriegsführung unterliegt nach islamischem Recht allerdings strengen Regeln und Einschränkungen: Krieg darf nur von der legitimen Autorität erklärt werden, das war ursprünglich der Kalif, der Nachfolger Mohammeds. Er darf weiters nur zur Verteidigung der islamischen Gemeinschaft und des Islam geführt werden, Unschuldige sollen nicht verletzt (keine Kollateralschäden vorgesehen) und die Lebensgrundlage der Zivilbevölkerung nicht mutwillig zerstört werden. Es soll auch keinen Zwang in der Religion geben, und an vielen Stellen betont der Koran den hohen Wert des Friedens und fordert den Einsatz für friedliche Streitbeilegung. Der militante islamische Extremismus geht auf den Widerstand ägyptischer Sondergruppen gegen die Politik Nassers zurück, der von der breiten Bevölkerung allerdings nicht unterstützt wurde. Leider erfuhren diese Tendenzen eine Internationalisierung durch den Afghanistankrieg, in dem die USA islamistische Kämpfer gegen die sowjetischen Invasoren unterstützte. Die aus Afghanistan nach Saudiarabien zurückgekehrten Kämpfer sahen sich durch die Politik des saudischen Königshauses angesichts der Invasion Kuweits maßlos enttäuscht, weil es große Kontingente von US-Truppen ins Land holte und nicht auf die eigenen Kämpfer vertraute. Verstärkt wurde der politische Extremismus dieser Gruppen durch die weitere Entwicklung der Konflikte v.a. im Nahen Osten. Ihr ideologisches Fundament bilden fundamentalistische Theorien im Gefolge vornehmlich von Al-Fardsch. Allerdings ist zu sagen, dass religiöser Fanatismus weltweit nicht die Hauptursache von politischer Gewalt und Terrorismus ist und dass auch die große Mehrzahl der konservativen islamischen Gelehrten der Ansicht ist, dass Selbstmordattentate, Dschihad-Ideologie und Terrorismus islamischem Recht widersprechen.

Welche Herausforderung stellen aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet der militärischen Robotik für militärische Kultur und militärische Ethik dar? Mag. Gerhard DABRINGER vom Institut für Religion und Frieden zeigte, in welchem Ausmaß unbemannte Systeme in der Luft und auf dem Boden bereits im Einsatz sind, nachdem 2001 zum ersten Mal eine bewaffnete Drohne in Afghanistan eingesetzt wurde. Die Entwicklung ist nicht reversibel, die neue US-Armeestruktur käme ohne sie gar nicht mehr aus, mehr als 50 weitere Staaten sind in diesem Bereich massiv engagiert. Rechtliche und ethische Überlegungen konnten dabei mit der raschen technischen Entwicklung nicht ganz mithalten. Rechtliche Regelungen auf internationaler Ebene speziell zu unbemannten Systemen fehlen noch, erst jetzt beginnt man sich vermehrt den damit verbundenen Problemen zu stellen: Wer ist für ein rechtlich/moralisch relevantes Fehlverhalten der Systeme verantwortlich, wie autonom sollen solche

Systeme sein dürfen, wie hoch ist die Bereitschaft der Öffentlichkeit, Fehler mit tödlichem Ausgang zu tolerieren, werden solche Systeme in ausreichendem Maße zwischen Zivilpersonen und Kombattanten unterscheiden können? In manchen Bereichen ist die ethische Diskussion dem technischen Stand allerdings auch weit voraus, wenn sie Fragen nach Persönlichkeit, autonomer Entscheidungsfähigkeit, Bewusstsein und möglicher Rechtspersönlichkeit der Roboter der Zukunft aufwirft. Eine besondere Herausforderung stellt im Zusammenhang mit unbemannten Systemen das Problem von gezielten Tötungen ("targeted killings") dar: Dabei handelt es sich um den Einsatz tödlicher Gewalt, der einem Subjekt des internationalen Rechts (Staat) zuzuordnen ist, der mit der Absicht durchgeführt wird, individuell ausgewählte Personen zu töten, die nicht in der Gewalt dessen sind, der die Tötungen durchführt. Als legitime Maßnahmen kämen sie eventuell nur dann in Frage, wenn sie sich im Rahmen eines bewaffneten Konflikts direkt gegen ein legitimes Ziel richten, ein direkter militärischer Vorteil dadurch erreicht wird, eine direkte Bekämpfung ziviler Ziele ausgeschlossen ist, die Verhältnismäßigkeit gewahrt wird sowie wenn keine Heimtücke und keine verbotenen Waffen im Spiel sind.

Seinen Vortrag über Militärische Kulturen in China begann Dr. Gerald BRETTNER-MESSLER vom Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie mit einem Überblick über Chinas wirtschaftliche Situation: So hat China etwa bereits Deutschland als Exportweltmeister überholt und tritt international als einer der wichtigsten Geldgeber auf. Chinas Sicherheitspolitik hängt nämlich eng mit seiner wirtschaftlichen Situation zusammen: Denn Sicherheitspolitik dient in China vor allem dazu, die florierende Wirtschaft und internationale Handelswege (v.a. auf See) abzusichern. An diesen Zielen orientiert sich auch die militärische Planung, und nicht zuletzt deshalb investiert China vor allem in Luftwaffe und Marinerüstung. Eine weitere Aufgabe ist – nach innen – die Absicherung der Alleinherrschaft der Kommunisten. Widerstand gegen staatliche Gewalt findet sich im Moment vor allem im Zusammenhang mit groß angelegten Zwangsabsiedlungsprojekten und Aufständen unzufriedener Minderheitsgruppen (z. B. Uiguren). Strategisch plant man in China sehr langfristig, und die Ziele sind oft recht allgemein formuliert. Die Modernisierung der Streitkräfte erfolgt in drei Stufen, bis heuer sollen die Grundlagen erarbeitet sein, bis 2020 konkrete Fortschritte erzielt werden, und bis 2050 will man auf gleicher Höhe mit allen anderen Staaten (auch der USA) stehen. Ein besonderes Merkmal der Struktur chinesischer Streitkräfte ist die institutionelle Verwobenheit mit der kommunistischen Partei, als Entscheidungsträger fungieren neben den militärischen Kommandanten auch politische Kommissare der Kommunistischen Partei. Deng Xiaoping hat den direkten Einfluss

der Armee auf die Politik reduziert, heute kann man von einem Primat der Politik in China ausgehen.

Aus Sicht von Mjr Dr. Ids SMEDEMA, evangelischer Militärseelsorger in der Königlich Niederländischen Luftwaffe, ist die holländische Kultur eher nichtmilitaristisch und individualistisch geprägt. Gehorsam, Zucht und Ordnung, Ehrgeiz, Leistung und Stolz spielen keine so wichtige Rolle. Holländer gelten als weltoffen und kontaktfreudig, haben manchmal wenig Gespür für andere Traditionen. Früher war das Ansehen des Militärs in der Bevölkerung nicht besonders groß, vor allem während des Kalten Kriegs hielt man die Armee vielfach für überflüssig, ihre Bedeutung für den Frieden wurde nicht erkannt. Das hat sich in letzter Zeit geändert, die Existenz der Berufsarmee wird grundsätzlich nicht hinterfragt, der Einsatz der Soldaten zunehmend geschätzt, besonders seit den Berichten über die Herausforderungen und großen Leistungen der Soldaten in Afghanistan. Die Veränderung des Aufgabenspektrums in Richtung verstärkte internationale Einsätze hat sowohl Verunsicherung wie zusätzliche Motivation der Soldaten bewirkt: Ende der 90er Jahre verließen viele Soldaten die Armee, zugleich gab es aber auch einen Anstieg an Freiwilligenmeldungen, viele Bewerber wollten sich bewusst am Einsatz der Armee für den Frieden beteiligen. Die Armee der Niederlande ist eine multikulturelle Armee, die Vielfalt wird von der Regierung gefördert. Mit den kulturellen Besonderheiten holländischer Soldaten sind auch wertvolle Kompetenzen verbunden: Sie kommen gut mit anderen Kulturen zurecht, sind sehr sprachbegabt und kreativ und genießen deshalb bei anderen Armeen einen guten Ruf. Eine Eigenheit der niederländischen (und belgischen) Militärseelsorge ist die Existenz einer ausdrücklich nichtreligiösen „humanistischen“ Seelsorge, neben einer katholischen, evangelischen, jüdischen, islamischen und hinduistischen.

Milsenior DDr. Karl-Reinhart TRAUNER von der Evangelischen Militärsuperintendentur, Leiter des Instituts für militäretische Studien, stellte ein Dokument der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aus dem Jahr 2007 vor: „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland“. Darin versuchen die Autoren einen ganzheitlichen Ansatz zu entwickeln, bei dem militärische Maßnahmen nur eine Dimension unter anderen darstellen: Denn die Problemlagen sind heute ganzheitliche Problemlagen, und nur ganzheitliche Lösungsansätze, die u.a. politische, soziale, wirtschaftliche, religiöse und auch militärische Initiativen integrieren, haben eine Chance auf nachhaltigen Erfolg. Da das eigentliche Ziel auch militärischer Operationen immer nur dauerhafter Friede sein kann, spricht die Denkschrift von Friedens-, nicht von Kriegsethik. Deshalb wendet die Denkschrift sich auch von der klassischen Theorie des Gerechten

Kriegs ab, hält aber fest, dass deren Kriterien als Prüfkriterien militärischer Einsätze nach wie vor sinnvoll sind und nicht aufgegeben werden dürfen. Die Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt in einem Konflikt und für Konfliktprävention im Vorfeld sind um Kriterien für Maßnahmen nach Beendigung des Einsatzes (Recht nach dem Krieg) zu erweitern, von denen die Effizienz und die Nachhaltigkeit der Konfliktlösung in hohem Maße abhängen. Programmatisch lässt in Abwandlung eines oft zitierten lateinischen Sprichworts zusammenfassen: „Si vis pacem, para pacem“: „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor!“

Angesichts der Größe, seiner 53 Einzelstaaten sowie der kulturellen, ethnischen, sprachlichen, geographischen und politischen Vielfalt Afrikas ist es fast unmöglich, allgemeine Aussagen über „Militär in Afrika“ zu machen. Dr. Gerald HAINZL, Afrikaexperte am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie in Wien, behauptete deshalb pointiert: „Afrika gibt es nicht“. Auffällig ist, dass sich der Großteil jener Gebiete mit aktuellen militärischen Konflikten ums Horn von Afrika gruppiert oder in der südlichen Sahelzone liegt, in etwa entlang wichtiger sprachlichen und religiösen Grenzen. Das könnte vielleicht zum Teil damit zusammenhängen, dass sich derartige Unterschiede recht leicht als identitätsstiftendes Merkmal missbrauchen lassen. Man sollte aber sehr vorsichtig sein, darin die Ursache der Konflikte zu sehen. So wird der Sudan-Konflikt in den Medien gern als Auseinandersetzung zwischen islamischem Norden und christlichem Süden dargestellt, eine Kategorisierung, die der Komplexität der Situation und der Vielfalt der Konfliktursachen nicht gerecht wird. Große Bedeutung für die militärische Kultur hat nach wie vor das koloniale Erbe sowie gegenwärtige politische und wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Staaten. Ethnische Zugehörigkeit über staatliche Grenzen hinweg spielt in vielen afrikanischen Ländern nach wie vor eine große Rolle, auch bei der Entstehung von bewaffneten Konflikten. Die Afrikanische Union konzentrierte sich von Anfang an sehr stark auf Sicherheit und hat schon im ersten Jahr ihres Bestehens militärische Einsätze durchgeführt (ganz anders als die EU). Die Perspektiven für den Kontinent sind nicht mehr so trist wie noch vor 20 Jahren, Hainzl sieht heute durchaus positive Entwicklungen, es gibt immerhin knapp 20 Staaten, die nicht sehr krisenhaft sind.

OR Dr. Mario Christian ORTNER, der Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien, sprach über Multinationalität bzw. Supranationalität in der österreichisch(-ungarisch)en Armee zur Zeit der Monarchie. Im 17. Jahrhundert war das österreichische Heer wie damals üblich international zusammengesetzt, die Soldaten wurden angeworben, die Loyalität galt dem, der

für die Dienste bezahlte. In der Folge wird das Militär zunehmend unter staatliche Loyalität gebracht, Anfang des 19. Jahrhunderts wird die Landwehr geschaffen in Reaktion auf Entwicklungen im revolutionären Frankreich (Volksheer). Mit der Heeresreform 1868 (allgemeine Wehrpflicht) wird die österreichische Armee in drei Teile geteilt: Das k.u.k. Heer bzw. Kriegsmarine (für das ganze Reich), die k.k. Landwehr als defensiver orientierte Truppe für den österreichischen Teil sowie die k.u. Honvéd als Landwehr für den ungarischen Teil. Die Kommandosprachen waren Deutsch (k.u.k, k.k.) sowie Ungarisch (k.u.), Regimentssprache war jede Sprache, der sich mindestens 20% der Truppen zurechneten. Insgesamt bezeichneten sich ein Viertel aller Soldaten deutsch-, fast ein Viertel ungarisch- und 13% tschechisch-sprachig. Militärische Heimat war das Regiment, das oft den Standort wechselte, auch um keine zu engen Beziehungen zur umliegenden Bevölkerung aufzubauen, gegen die im Fall eines Aufstands vorzugehen war. Aus ähnlichen Gründen wurden übrigens auch die meisten Bosniakenregimenter nicht in Bosnien-Herzegowina eingesetzt. Die Offiziere bezeichneten sich dagegen zu 75% als deutschsprachig, sie mussten die jeweiligen Regimentssprachen ihres Regiments beherrschen bzw. erlernen und erwarben sich dadurch nach mehreren Versetzungen im Verlauf ihrer Karriere beträchtliche multilinguale Fähigkeiten. Die Einstellung des Offizierskorps war wohl tatsächlich im Großen und Ganzen supranational, d.h. es gab eine gemeinsame Vision der Verteidigung des Reichs. Eine Sonderstellung hatte die k.u. Honvéd. Sie bestand v.a. aus Ungarn und Kroaten, war also relativ homogen und wurde von den Ungarn als eine Art nationale Armee gesehen. Um eine Abspaltung der Landwehren zu verhindern, verfügten sie zunächst über keine Artillerie. Nach Beginn des 1. Weltkriegs ersetzten Reserveoffiziere, die die zahlreichen Versetzungen nicht mitgemacht hatten, die in großer Zahl gefallenen Berufsoffiziere, so verlor die Armee zunehmend ihre supranationale Ausrichtung. Nach dem Ende des Krieges zerbrach daher die Armee sehr schnell, die Regimenter kehrten in ihre jeweilige Heimat zurück.

Im letzten Referat sprach Univ.Do. Dr. Erwin A. SCHMIDL vom Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien über kulturelle Grenzen und Vermischungen während des Kalten Kriegs. Diese Zeit war auch im Militär gekennzeichnet durch mangelnde Informationen über die Gegenseite, wechselseitiges Misstrauen, Angst und den Aufbau von Stereotypen, wobei oft lediglich alte Stereotypen wieder aufgewärmt wurden. Sowohl der Osten wie der Westen fürchtete eine bevorstehende Invasion der anderen Seite. Der Begriff „eiserner Vorhang“, ursprünglich aus der Theatersprache und erstmals 1917 für die Abschottung der Sowjetunion verwendet, erhielt 1948 eine neue (materielle) Dimension, als mit dem Bau

von technischen Sperren an der Grenze begonnen wurde, in Österreich aber interessanterweise nicht an der Zonen-, sondern an der österreichisch Ostgrenze. Leider sind vor allem nur Planungsannahmen und Planspiele erhalten, nur sehr wenige Planungsdokumente im eigentlichen Sinn. Als sicher dürfte nach heutigem Wissensstand gelten, dass beide Seiten relativ schnell zur nuklearen Option gegriffen hätten (z. B. der Einsatz taktischer Atomwaffen zur Beseitigung von Sperren). Nicht selten war absehbar, dass man einen geplanten Einsatz wohl nicht überlebt hätte. Es zeigt sich in den Planungen auch eine gewisse Diskrepanz zwischen militärischen und politischen Zielen. Die politische Absicht zielte ja nicht auf die Zerstörung des Gegners und seiner Infrastruktur, sondern auf Machtübernahme. Die westliche Seite rechnete übrigens fest mit der Hilfe Österreichs, in vielen Planungsannahmen war Österreich mit derselben Farbe eingezeichnet wie die NATO. Besonders interessant ist der Rekurs auf die Vergangenheit in den militärischen Kulturen der beiden deutschen Armeen. Während die Bundeswehr auf völligen Neuanfang setzte, ließen sich im Selbstverständnis der Nationalen Volksarmee klare Bezüge zur preußischen Tradition aufweisen, nicht nur zu diversen Befreiungskämpfen, auch zum preußischen Militarismus, von dem sich die Bundeswehr bewusst abzusetzen suchte, auch um die Angst der westlichen Bündnispartner vor Deutschland abzubauen.